

Arne C. Seifert

## Die OSZE-Langzeitmission in Tadschikistan

### *Der Konflikt*

Die Entstehungsgeschichte des Konflikts in Tadschikistan reicht in die Zeit des Zerfalls der UdSSR zurück, als die Tadschiken 1991 vor der schicksalhaften Entscheidung über die zukünftige ordnungspolitische Orientierung ihres jungen Staates standen. Darüber sowie über die Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems und anderer Strukturen entbrannte ein heftiger Konflikt, den die beteiligten Seiten bis zum Bürgerkrieg (1992/1993) trieben. In dessen Verlauf formierten sich zwei Gruppierungen als Hauptparteien des Konflikts: die "Volksfront" mit dem heutigen Präsidenten Emomali Rachmonow und eine Koalition oppositioneller Parteienvertreter ("Vereinigte Tadschikische Opposition" - VTO) mit der "Partei der Islamischen Wiedergeburt" (PIW) als dominierender Kraft, die für die Umwandlung Tadschikistans in einen islamischen Staat eintritt.

Seine Wucht bezog der Zusammenprall jedoch nicht originär aus ideologischen und politischen Gegensätzen, sondern aus Interessenkollisionen der tadschikischen *regionalen Eliten*. Aufgrund der traditionell ausgeprägten Fragmentierung der Gesellschaft in regionale (ethnische, kulturelle, wirtschaftliche, politische) Gruppen verlor der junge Staat mit dem Zerfall der alten sowjetisch-zentralstaatlichen Struktur auch seine größte Stärke: seine nationale Gesichtslosigkeit. Solange der Zentralstaat funktionierte und die Tadschiken sich ihr nationales Profil nicht selbst aussuchen konnten, trug diese nationale Gesichtslosigkeit dazu bei, daß die Verschiedenheit der Regionen nicht zum Tragen kam. Als die sowjetischen Strukturen jedoch in die Krise gerieten und an Autorität verloren, verkehrte sich jene Stärke nationaler Gesichtslosigkeit in ihre größte Schwäche: Die regionalen Eliten begannen unmittelbar nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit, ihrem Staat ein tadschikisches Gesicht zu geben, und konkurrierten darum, welche von ihnen dieses Gesicht prägen würde: diejenige aus der Region Kuljab oder aus Leninabad, aus Karategin usw. Diese schließlich in einen Bürgerkrieg ausartende Konkurrenz reflektierte den grundsätzlichen Defekt des politischen Systems Tadschikistans: die fehlende Übereinstimmung zwischen den überkommenen Staats- und Machtstrukturen und den traditionellen regionalen Identitäten der Tadschiken.

Die "Volksfront" ging Ende 1992 aus dem Bürgerkrieg zunächst als militärischer Sieger hervor. Die Führungen der PIW und teilweise auch anderer Parteien der Opposition flohen ins Exil nach Afghanistan, von wo

aus die VTO seit 1994 einen Krieg gegen die Regierung führte und ihre "Mujaheddin" Tadschikistan militärisch infiltrierten.

### *Die OSZE-Mission*

In dieser Phase des Bürgerkriegs nahm die OSZE-Mission in der Hauptstadt Duschanbe Anfang 1994 ihre Tätigkeit auf. Sie begab sich in einen vielschichtigen innergesellschaftlichen Konflikt, der, obgleich in der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, zu den heftigsten im OSZE-Raum gehört und fast alles beinhaltet, was ein "moderner" Konflikt "zu bieten" hat: einen politischen Machtkampf, ideologisch-weltanschauliche Kontroversen, islamistischen "Fundamentalismus", Rivalitäten um wirtschaftliche Ressourcen, regionalistische Auseinandersetzungen, Probleme mit nationalen Minderheiten und die Einmischung regionaler Mächte. Trotz seiner hohen Zahl an Opfern (manche Schätzungen belaufen sich auf ca. 200.000 Tote zwischen 1992 und 1997), einer halben Million Flüchtlinge, die zumeist in die armen Nachbarländer flohen, und massiver Menschenrechtsverletzungen dachte keine äußere Macht an eine Militärintervention. Deshalb konnten externe mit dem Konflikt befaßte Institutionen wie die OSZE, die VN und internationale NGOs in ihrer Tätigkeit ausschließlich auf politische Mittel zur Konfliktlösung setzen.

Ihr Mandat beauftragt die OSZE-Mission, Kontakte mit den regionalistischen und politischen Kräften im Land zu unterhalten sowie Dialog und Vertrauensbildung zwischen diesen zu erleichtern, die Achtung der Menschenrechte aktiv zu fördern, die Einhaltung der Normen und Prinzipien der OSZE zu unterstützen und zu überwachen sowie Mittel und Wege zu erschließen, die die OSZE in die Lage versetzen, bei der Entwicklung juristischer und demokratischer politischer Institutionen und Prozesse zu helfen. Zusätzlich betraute sie der Ständige Rat 1995 mit der Beobachtung der Menschenrechtssituation repatriierter Flüchtlinge und deren Unterstützung bei der Wiedereingliederung in die tadschikische Gesellschaft. Diese Aufgaben werden in enger Zusammenarbeit mit dem UNHCR wahrgenommen. Dafür eröffnete die Mission im Süden Tadschikistans in Scharitus, Kurghan-Teppe und Dusti drei Außenstellen.

Als die Mission im Februar 1994 ihre Arbeit aufnahm, lag die inhaltliche Profilierung ihrer Tätigkeit in den Händen ihres ersten Leiters, des französischen Mittel- und Westasienspezialisten Olivier Roy. Roy war im Ergebnis einer noch im Auftrag der KSZE im Jahre 1993 von ihm durchgeführten Erkundungsreise über den tadschikischen Konflikt und seine Ursachen zu der Einschätzung gelangt, daß der Bürgerkrieg von 1992 "eher durch

regionale als durch ideologische Fragmentierung"<sup>1</sup> zwischen den sich bekämpfenden Seiten verursacht worden sei.

Roy schlußfolgerte damals für die Konfliktregelung und die *externe* Konfliktbearbeitung, insbesondere für die Rolle der OSZE: "Hinsichtlich der nationalen Aussöhnung bleibt (für externe Konfliktbearbeiter, A.S.) die Frage nach den Prioritäten: Verhandlungen mit der bewaffneten Opposition in Afghanistan (d.h. Verhandlungen im internationalen Rahmen) oder Aktivitäten innerhalb des Landes? Beide Herangehensweisen ergänzen sich. Jedoch scheint uns angesichts der Tatsache, daß der Konflikt eher regionaler als ideologischer Natur ist, daß sich jedes Herangehen an die Frage der nationalen Aussöhnung auf das Herbeiführen einer erhöhten Repräsentanz der Regionen in der Zentralregierung (...) sowie auf rechtsstaatliche Institutionen richten muß."<sup>2</sup> Roy empfahl, als strategische Handlungsorientierung zwei politische Konfliktbearbeitungslinien aufzubauen: eine, die sich auf diplomatische Verhandlungen mit der bewaffneten Opposition und den Staaten der Region richtet, und eine andere, die auf die politische Stabilisierung *innerhalb* des Landes abzielt. Obgleich beide Linien einander ergänzen, unterstrich Roy das Erfordernis, sie *unabhängig voneinander* zu verfolgen, da sonst die "Konfliktseiten auf ihren jeweiligen Positionen eingefroren würden und das Tadschikistanproblem auf eine Angelegenheit zwischen *zwei* (Hervorheb. A.S.) ideologischen Gruppen reduziert würde, während es doch unendlich komplexer ist".<sup>3</sup>

Die ständig zunehmende Intensität des Konflikts und der hohe Grad an "Vergesellschaftung", den er zwischen 1993 und 1997 erfuhr, bestätigten später die Richtigkeit der Royschen Empfehlungen. Bei Roy war auch der Ansatz am stärksten ausgeprägt, den Charakter des Tadschikistankonflikts als *gesellschaftlichen* Konflikt zu begreifen, ihn als einen solchen zu bearbeiten und der Tätigkeit der Mission ein entsprechendes Profil zu geben. Indes, die von Roy empfohlene zweite, "auf die politische Stabilisierung *innerhalb* des Landes abzielende" Konfliktbearbeitungslinie aufzubauen, ist der OSZE und ihrer Mission aus einer Reihe von Gründen nie gelungen. Gerade eine solche Linie wäre für eine konstruktive Konflikttransformation in Tadschikistan aber dringend erforderlich. Bevor die erwähnten Gründe jedoch erläutert werden, soll zunächst ein allgemeiner Überblick über die wichtigsten Aktionsfelder der Mission gegeben werden.

Die Aufgaben auf dem Gebiet der Menschenrechte genossen Vorrang. Einen Ombudsmann als unabhängige tadschikische Menschenrechtsinstitution einzurichten, die nur dem Parlament rechenschaftspflichtig ist und zu der alle Tadschiken freien Zugang haben, nahm dabei lange Zeit einen prominenten

---

1 Olivier Roy, Report on Tajikistan, CSCE Forum for Security Co-operation, Vienna 1993, S.6 (Übersetzung des Verf.).

2 Ebenda.

3 Ebenda, S. 14.

Platz ein. Dem lagen ein entsprechender Beschluß des Ständigen Rates der OSZE sowie ein von tadschikischer Seite ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde. Angesichts der im Lande herrschenden Atmosphäre von Rechtsunsicherheit, angesichts permanenter Verletzungen der Menschenrechte während des Bürgerkriegs und auch danach, grober Verstöße gegen elementare Grundsätze der Presse- und Meinungsfreiheit, der Ermordung unabhängiger Journalisten und prominenter Wissenschaftler, angesichts von Zwangsrekrutierungen und Nichteinhalten der Fürsorgepflicht gegenüber Militärangehörigen und Häftlingen sowie anderer Rechtsverletzungen von seiten des Staates, die von führenden internationalen Menschenrechtsorganisationen, aber auch von Tadschiken dokumentiert und scharf kritisiert wurden, wäre ein Ombudsmann ein entscheidender Schritt zu Demokratisierung, Rechtssicherheit und Entspannung des politischen Klimas in Tadschikistan gewesen. Bis in den Präsidentenapparat hinein gab es Tadschiken, die das erkannten und an der Einrichtung der Institution eines Ombudsmannes interessiert waren. In Zusammenarbeit mit ihnen und unabhängigen demokratischen tadschikischen Juristen wurden entsprechende Gesetzentwürfe erarbeitet. Trotz intensivster Arbeit der Mission, insbesondere ihres damaligen Leiters, des bulgarischen Diplomaten Gantscho Gantschew, die von den westlichen Botschaften, vor allem auch dem deutschen Botschafter Alexander Beckmann, engagiert unterstützt wurde, scheiterte das Vorhaben am Widerstand von Hardlinern im Präsidentenapparat.

Umfangreiche Arbeit leistet die Mission auf dem Gebiet der Förderung demokratischer Prozesse und Institutionen sowie beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit. Hierzu gehören Kontakte zu und gemeinsame Veranstaltungen mit tadschikischen NGOs, so z.B. mit unabhängigen Verbänden von Richtern und Anwälten, Frauenorganisationen und Studenten der Universität. Auch mit dem Ministerium für Justiz, dessen Minister sich der Defizite bei der Rechtssicherheit durchaus bewußt und für eine Zusammenarbeit zu deren Überwindung aufgeschlossen ist, wurden in Kooperation mit dem Warschauer Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der OSZE zahlreiche Maßnahmen gemeinsam durchgeführt.

Nicht hoch genug kann der Einsatz der Missionsmitglieder in den Außenstellen im Süden Tadschikistans bewertet werden, die sich unter schwierigen Bedingungen der Reintegration zurückgekehrter Bürgerkriegsflüchtlinge annehmen. Die dabei auftretenden, oft sehr komplizierten Hindernisse (besetzte Häuser, Zurückweisungen, Rechtsstreitigkeiten etc.) müssen von ihnen mit örtlichen Behörden in mühsamer, manchmal auch nicht ungefährlicher Kleinarbeit ausgeräumt werden.

Einen besonderen Stellenwert für die OSZE hatte die Wahrnehmung der Beobachterrolle bei den sogenannten innertadschikischen Gesprächen, die zwischen den beiden kriegführenden Seiten von 1994 bis 1997 unter der Ägide

der VN geführt wurden. Obgleich die OSZE "nur" Beobachter war, erforderte doch die damit verbundene Kontaktarbeit ein beträchtliches Maß an diplomatischem Geschick und Zusammenarbeit mit der Beobachtermission der Vereinten Nationen für Tadschikistan (*United Nations Mission of Observers in Tajikistan*, UNMOT). Die Mission begann frühzeitig, Aufgaben der Friedenskonsolidierung zu konzipieren, die in Zusammenarbeit mit UNMOT und den in Tadschikistan vertretenen Spezialorganisationen der VN in Angriff zu nehmen waren. Im Rahmen der Friedenskonsolidierung hat sie im Bereich "Aussöhnung und Demokratisierung" die Federführung übernommen. Außerdem ist die Mission in der internationalen Kontaktgruppe zur Überwachung der Einhaltung der Moskauer Vereinbarungen vertreten.

Natürlich sind all diese vielfältigen Aufgaben nur bei intensiver Kontaktarbeit auf den unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Ebenen, so z.B. mit dem Präsidentschaftsapparat, dem Außen- und anderen Ministerien, gesellschaftlichen Institutionen und der Wissenschaft, vor Ort vertretenen anderen internationalen Organisationen, NGOs und dem diplomatischen Korps, zu bewältigen.

Doch kehren wir zur Begründung für die Feststellung zurück, daß konstruktive Konfliktbearbeitung in Tadschikistan noch immer dringend einer Linie bedarf, die auf "politische Stabilisierung *innerhalb* des Landes abzielt", es der OSZE und ihrer Mission jedoch nicht gelang, eine solche aufzubauen.

#### *Einseitiger Regelungsansatz*

Die politisch-diplomatische Konfliktregelung zwischen den beiden kriegführenden Seiten - bezeichnen wir sie hier als "horizontale Regelungskonstante" - wurde von den Vereinten Nationen bzw. von UNMOT im Einverständnis mit der OSZE betrieben. In und zwischen beiden Organisationen bestand Übereinstimmung darüber, daß die Regelung des tadschikischen Konflikts eines Interessenausgleichs zwischen den politischen und regionalistischen Akteuren *Tadschikistans* bedurfte. Dieser Erkenntnis folgte in der Politik und in den Dokumenten sowohl der VN als auch der OSZE die Aufforderung an die tadschikischen Konfliktparteien, zu einer "nationalen Aussöhnung" (*national reconciliation*) zu gelangen. Nationale Aussöhnung kann also in diesem Kontext als ein politisches Ziel externer Konfliktbearbeitung verstanden werden, an deren Herbeiführung, Ausweitung und Stabilisierung sich auch die Wahl eines diesem Ziel dienenden Instrumentariums orientieren sollte. Eine Bestimmung dessen, was unter tadschikischen Bedingungen unter nationaler Aussöhnung *konkret* (politische Inhalte, mögliche Formen, gezielt zu unterstützende innere Kräfte) zu verstehen und mit welchen angemessenen politischen Instrumenten sie anzustreben sei, fand jedoch nicht statt.

Frühe Dokumente der VN machen deutlich, daß "nationale Aussöhnung" als ein grundlegendes Erfordernis sowohl der inneren als auch der äußeren Konfliktbearbeitung postuliert wurde. Die VN und die OSZE verstanden darunter die Einbeziehung eines möglichst umfassenden Kreises tadschikischer politischer Kräfte in den Regelungsprozeß. So forderte der Präsident des Sicherheitsrats u.a. am 23. August 1993 die Regierung und *alle* Oppositionsgruppen auf, sich an einem Verhandlungsprozeß *unter breitest möglicher Teilnahme aller politischen Gruppen und aller Regionen des Landes* mit dem Ziel der nationalen Aussöhnung zu beteiligen. Er verlangte von den betroffenen Parteien, die grundlegenden politischen Rechte *aller* Gruppen in Tadschikistan zu achten, um eine stabile Aussöhnung herbeizuführen.<sup>4</sup>

Aus dem diplomatischen Prozeß, der hier in seinen Einzelheiten nicht nachgezeichnet werden soll, kristallisierte sich jedoch das Gegenteil heraus: Als politische Hauptinstrumente zur friedlichen Regelung des Tadschikistankonflikts wurden schließlich zum einen die innertadschikischen Gespräche unter der Ägide der VN und unter Beobachtung einer Reihe von Staaten und regionalen Organisationen, darunter die OSZE, ins Leben gerufen; zum anderen wurde eine Gemeinsame Kommission der beiden kriegführenden tadschikischen Konfliktparteien zur Überwachung der Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens geschaffen, das diese am 17. September 1994 in Teheran geschlossen und in der Folgezeit ständig gebrochen hatten. Die Gemeinsame Kommission galt als "formaler Mechanismus für die Erfüllung des Abkommens".<sup>5</sup> Mit dem Sicherheitsratsbeschluß Nr. 968 vom 16. Dezember 1994 wurde UNMOT mit dem Mandat ins Leben gerufen, die Gemeinsame Kommission zu unterstützen, Waffenstillstandsverletzungen aufzuklären und enge Kontakte zu *den* Konfliktparteien ("*the parties to the conflict*" - Hervorheb. A.S.) zu unterhalten.<sup>6</sup> Die "Regierung Tadschikistans und *die* tadschikische Opposition"<sup>7</sup> (Hervorheb. A.S.) - und damit die unter diesem in unzulässiger Weise generalisierenden Begriff aus dem Exil vorrangig *militärisch* operierende VTO - hatten somit als Konfliktparteien ihre Anerkennung als *die Seiten* für die Regelung des Tadschikistankonflikts also auch *international* durchgesetzt und legitimiert. Die Diskrepanz zwischen dem - richtigen - selbst gesetzten Ziel einer gesellschaftlich möglichst breit fundierten nationalen Aussöhnung und dem dafür schließlich gewählten Instrumentarium ist offensichtlich. Damit wurde im Zuge der externen Konfliktbearbeitung der Kreis der Gesprächspartner, den VN und OSZE auf tadschikischer Seite ursprünglich als unentbehrlich für

---

4 Vgl. United Nations, Department Of Public Information, The United Nations And The Situation In Tajikistan, Reference Paper, New York March 1995.

5 Ebenda (Übersetzung des Verf.).

6 Vgl. Resolution Nr. 968 (1994) vom 16. Dezember 1994.

7 Statement By The President Of The Security Council, S/PRST/1994/56, vom 22. September 1994 (Übersetzung d. Verf.).

die nationale Aussöhnung identifiziert hatten, erheblich eingeengt. Darüber hinaus wurde diese Einengung durch das UNMOT-Mandat noch zusätzlich institutionalisiert.

Der Verfasser kann nicht umhin, das Resultat der nachgezeichneten Diskrepanz so klar anzusprechen, wie er es sieht und in Tadschikistan erlebt hat: Die ursprünglich noch relativ kleine Gruppe militanter Politiker der Partei der Islamischen Wiedergeburt, die aus dem Exil heraus ihre politischen Ziele hauptsächlich durch Anwendung von Gewalt verfolgte, hatte es vermocht, durch den Krieg ihre internationale Anerkennung herbeizuführen.

#### *Die "Vergesellschaftung" des Konflikts*

Die geschilderte Einengung stand auch im Gegensatz zur Entwicklung des Konflikts selbst: Der Konflikt, der ursprünglich eine punktuell zugespitzte politische Konfrontation zwischen zwei Gruppierungen gewesen war, wuchs in seinem weiteren Verlauf rasch "nach unten" in die gesellschaftliche Breite. Dieser Ausweitung lag folgende Entwicklung zugrunde: Nach ihrem anfänglichen militärischen Sieg etablierte sich die Klan-Elite der Region Kuljab als Staatsführung. Der so an die Staatsspitze gelangte Personenkreis ging unverzüglich daran, seine Macht zur Durchsetzung eigener Partikularinteressen zu sichern. Entsprechend besetzte er die führenden Posten der Zentrale und der Regionen mit seinen Vertretern und gestaltete die Gesetzgebung des jungen tadschikischen Staates sowie alle politischen und wirtschaftlichen Systeme nach seiner Interessenlage.

Spätestens in diesem Moment begann die Konfliktproblematik in Tadschikistan *inhaltlich* über den Rahmen eines Machtkonflikts zwischen *zwei* Akteuren hinauszuwachsen, da nunmehr eine für den gesamten Transformations- und Staatsformungsprozeß fundamentale Weichenstellung erfolgt war: Die inhaltliche Orientierung des gesellschaftlichen Transformationsprozesses wurde von einem regionalen Gesellschaftssegment primär nicht auf repräsentative Demokratie, sondern auf eine Art "Klan-Oligarchie" ausgerichtet.

Die Majorisierungspolitik der Kuljabis provozierte wiederum die Eliten, Klans und Großfamilien der anderen Regionen. Da diese sich ebenfalls - genau wie die kuljabischen Klans - in einer "Stunde Null" des gesellschaftlichen Umbruchs befanden, gingen auch sie dazu über, die eigenen Interessen "robust" durchzusetzen. Auseinandersetzungen um die Aufteilung des Staatseigentums und die Privatisierung, deren Beschleunigung führende internationale Wirtschaftsorganisationen zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft nachdrücklich gefordert hatten, bestärkten sie in ihrer Motivation zusätzlich. Hinzu kam ein Mechanismus, der das Verhalten der Eliten im Transformationsprozeß in allen GUS-Staaten auszeichnet: Der Kern jenes spezifischen post-kommunisti-

schen Verständnisses von Machtbehauptung unter den Bedingungen des Übergangs zur Marktwirtschaft besteht darin, daß der möglichst schnelle und irreversible Transfer von politischer Macht in Eigentum als Schlüsselfrage verstanden wird. Folgerichtig wird auch politische Macht als eine Art Eigentum aufgefaßt, welches man (ganz wie wirtschaftliches Eigentum) möglichst nicht teilt. Also wird Teilung von politischer Macht automatisch zugleich als Teilung von wirtschaftlicher Macht und umgekehrt wahrgenommen und aufgefaßt. Die Eliten der anderen Regionen gingen in ihren jeweiligen Einflußgebieten dazu über, sich den Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und Gewinnquellen zu sichern. Rivalitäten um diese Ressourcen wurden zum Auslöser heftiger Auseinandersetzungen zwischen Feldkommandeuren sowie zwischen zentralen, regionalen, kommunalen und örtlichen Verantwortungsträgern. In diesen Auseinandersetzungen an der gesellschaftlichen Basis wurden wahrscheinlich kaum weniger Waffen und Gewalt eingesetzt als im Krieg selbst.

Die OSZE-Mission war oftmals unmittelbar Zeuge dieser Auseinandersetzungen. An ihre Außenstellen wandten sich häufig einfache Menschen aus der tadschikischen Bevölkerung, aber auch kommunale Vertreter mit Beschwerden über die gewaltsame Besetzung von Häusern oder Grund und Boden; Kolchosbäuerinnen beklagten sich über die widerrechtliche Wegnahme von Land, Bauern baten um Hilfe gegen die Willkür von Feldkommandeuren. Diese Menschen betrachteten die Vorkommnisse völlig zu Recht als Verletzung ihrer Menschenrechte, und nicht selten konnte ihnen die OSZE-Mission sogar zu ihrem Recht verhelfen. Doch war das nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein und löste den Konflikt nicht. Denn die gesellschaftlichen Prozesse, die mit den Veränderungen der Konfliktlage einhergingen, die durch die Etablierung der Klan-Oligarchie hervorgerufen worden waren, führten dazu, daß die Zahl der am Konflikt beteiligten Akteure und Parteien wuchs.

Für das tiefere Verständnis der Dynamik, die den Konflikt vorantrieb, ist es wichtig, folgendes festzuhalten: In dem Maße, in dem der Konflikt immer weiter in die Gesellschaft hineinwuchs, nahm der Rückhalt der kriegführenden Seiten in der Gesellschaft ab. Etwa seit Sommer 1996 herrschten im Lande tiefe Kriegsmüdigkeit und Unzufriedenheit mit allen jenen Kräften, die den Krieg und die bewaffneten Auseinandersetzungen fortsetzten. Die Unzufriedenheit richtete sich vor allem gegen die beiden Hauptakteure des Bürgerkriegs, die Regierung und die VTO.

Vor diesem Hintergrund bildete sich eine "innere Opposition" heraus, die in allen Regionen - mehr oder weniger ausgeprägt - anzutreffen war. Sie verband die Ablehnung der Majorisierungspolitik durch das kuljabische Zentrum mit der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und begann mit der Suche

nach einem Ausweg aus der Sackgasse, in die die Konfrontation der beiden Kriegsparteien die gesamte Gesellschaft geführt hatte. Dies wiederum hatte die weitere Zuspitzung des Subkonflikts zwischen Zentrum und Regionen zur Folge. Insbesondere in der wichtigen Nordregion Leninabad, der tragenden Säule der tadschikischen Wirtschaft, formierte sich ein "Block der Nationalen Wiedergeburt" um den ehemaligen Ministerpräsidenten und Konkurrenten Rachmonows im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1994, Abdulmalik Abdullajanow. Der Block und ihm nahestehende Kräfte forderten ihre Beteiligung an den innertadschikischen Gesprächen und unterbreiteten erstmalig alternative Überlegungen dazu, wie in diesem Rahmen auch der grundsätzliche Defekt des politischen Systems Tadschikistans behoben werden könnte. Diese Vorschläge wurden auch UNMOT und der OSZE-Mission vorgelegt.

So hatten sich im Verlaufe weniger Jahre Konfliktgegenstand und -akteure und damit der Konflikt selbst "vergesellschaftet", und es hatte sich ein sehr komplexes "Konfliktgemenge" herausgebildet. Der Umgang mit diesem erwies sich als außerordentlich kompliziert, da er an die eigentlichen Konfliktursachen rührte: den beschriebenen grundsätzlichen Defekt des politischen Systems und die Konkurrenz der verschiedenen regionalen Eliten. Aus ihnen erwuchs sozusagen das "Unübersichtliche", die "vertikale Konfliktvariable", die in die gesellschaftliche Tiefe der Ursachen der Konfliktodynamik führt und für deren Bearbeitung die internationalen Organisationen letztendlich kein adäquates Instrumentarium zu entwickeln vermochten.

#### *Das Ziel-Mittel-Dilemma*

Mitte des Jahres 1996 war unübersehbar, daß die kriegführenden Konfliktparteien in Tadschikistan in die Isolierung geraten waren. Der Sondergesandte des VN-Generalsekretärs und Leiter von UNMOT, Gerd D. Merrem, charakterisierte bereits nach wenigen Monaten seiner Anwesenheit im Lande und seiner Vermittlungstätigkeit die beiden Konfliktparteien als politische Minderheiten: "Sollten sich die beiden Blöcke einer fairen Wahl stellen, kämen sie (...) nicht einmal auf zehn Prozent der Stimmen. Weder Präsident Rachmonow noch die Opposition stehen für eine nationale Idee, mit der sich die Bevölkerung identifizieren könnte."<sup>8</sup>

Für uns, die wir als Mitarbeiter der internationalen Organisationen, darunter die OSZE-Mission mit ihrer politischen Aufgabenstellung, mit der Konfliktbearbeitung befaßt waren, ergab sich folglich eine Diskrepanz zwischen dem hohen Grad an "Vergesellschaftung", den der Konflikt inzwischen erreicht hatte, und der nur sehr begrenzten gesellschaftlichen Basis der Konfliktpar-

---

8 Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 7./8. Dezember 1996.

teien, mit denen und durch welche der Konflikt geregelt werden sollte. Diese Konstellation verdeutlichte aber zugleich, daß auch *zwischen Ziel und Mitteln der Konfliktbearbeitung* eine *Diskrepanz* entstanden war. Die Mission befand sich an einem Scheideweg, in einer Situation, in der konzeptionelle Entscheidungen zu treffen waren: Sollte die Bearbeitung des Tadschikistankonflikts sich auch weiterhin auf die beiden *kriegführenden Akteure* als die zentralen Parteien und damit Ansprechpartner konzentrieren und diese im Zentrum der *nationalen wie internationalen Konfliktbearbeitung* belassen? Oder sollte man versuchen, die geschilderte Diskrepanz zu überbrücken, und Kurs auf solche inhaltlichen Regelungen und einen Teilnehmerkreis nehmen, die Wege zu einem Interessenausgleich (Konsens) der regionalen Eliten erschließen konnten? Welches Ergebnis sollte oder konnte die internationale Konfliktbearbeitung überhaupt erreichen: Deeskalation zwischen zwei kriegführenden Konfliktparteien *oder* inhaltliche Konfliktursachenbearbeitung? War ein "Oder" überhaupt zulässig? Ließen sich für den konzeptionellen Ansatz einer weiteren Konfliktbearbeitung Deeskalation und inhaltliche Konfliktursachenbearbeitung überhaupt trennen, oder bedingten sie sich gegenseitig?

Das Erfordernis, Kurs auf solche inhaltlichen Regelungen und einen Teilnehmerkreis zu nehmen, die Wege zu einem Interessenausgleich bzw. Konsens der regionalen Eliten erschließen konnten, war auch in der OSZE-Mission sowie bei UNMOT durchaus erkannt worden. Die Schwierigkeit bestand jedoch darin, die innergesellschaftliche Basis der Konfliktbearbeitung so zu erweitern, daß die von den VN geleiteten innertadschikischen Gespräche zur Beendigung des Bürgerkrieges nicht erschwert würden. Bestimmte politische Bewegungen in der VTO ließen darauf schließen, daß diese die OSZE und die VN gern gegeneinander und gegen die Regierung ausgespielt hätte. Dies galt es auch bei der Beobachtertätigkeit der OSZE bei den innertadschikischen Gesprächen stets zu berücksichtigen.

Doch waren VN und OSZE selbst in eine widersprüchliche Lage geraten. Einerseits banden die VN mit ihren Gesprächen die tatsächlich kriegführenden Konfliktparteien in einen internationalen diplomatischen Prozeß ein und setzten sie damit dem Druck des Sicherheitsrates aus, was ein wichtiger Regelungsfaktor war. Andererseits waren sich die kriegführenden tadschikischen Akteure jedoch ihrer internationalen Monopolstellung bei den VN als externem Konfliktbearbeiter sehr genau bewußt. Diese Stellung eröffnete ihnen Spielräume. Ohne die Rückkopplung über die innertadschikischen Gespräche hätten sie unter normalen (d.h. friedlichen) Umständen wahrscheinlich niemals einen solch engen Kontakt zu politischen Großmächten bzw. zu Wirtschafts- und Finanzorganisationen wie IWF und Weltbank bekommen. In den innertadschikischen Gesprächen hatte insbesondere die Klan-Oligarchie gegenüber internationalen

Organisationen eine Art "umkehrbares Druckpotential" entdeckt, das ihrem Streben nach Monopolisierung ihrer Macht entgegenkam. Aus ihm schöpfte sie ihr Selbstbewußtsein und die Kraft, jeden Versuch einer zweiten oder dritten internationalen Organisation abzuwehren, eine Erweiterung der innergesellschaftlichen Basis für die Konfliktbearbeitung (Arbeitsbegriffe "nationale Aussöhnung" oder "Konsens der Eliten"), auch nur ins Gespräch zu bringen.

Das hatte zur Folge, daß bei dem einmal eingespielten externen Ansatz mit seinem entsprechend gewählten Instrumentarium der diplomatische Spielraum für die Einführung einer weiteren Konfliktbearbeitungslinie mit dem Ziel "Konsens der Eliten" außerordentlich eng geworden war. Jede Bewegung in Richtung einer solchen ergänzenden Bearbeitungslinie hatte so zu erfolgen, daß die von den VN eingeschlagene Bearbeitungslinie nicht behindert oder gar in Frage gestellt würde, weil das nur den "Unversöhnlichen" in die Hände gearbeitet hätte.

Unter diesen schwierigen Umständen entwickelte die OSZE-Mission ihre eigenen spezifischen Instrumente:

- Runde Tische als Foren für den Dialog zwischen Vertretern unterschiedlicher Gruppen sollten diesen die Möglichkeit zum Gedankenaustausch bieten.
- Ein öffentlicher Diskussionsklub diente Intellektuellen, Journalisten, Politikern und Vertretern nationaler Minderheiten zum Austausch. Von der Mission wurden dafür "brennende Fragen" thematisiert, die von den Behörden tabuisiert oder deren öffentliche Diskussion von den Behörden nicht gern gesehen wurde. Nach der Julirunde der innertadschikischen Gespräche von Aschchabad ergriff in diesem Rahmen mit Gerd Merrem auch erstmalig ein VN-Verhandlungsführer das Wort und gab erstmals öffentlich Informationen über den Stand der Gespräche bekannt. Nach und nach wurden von der Mission auch Regierungs- und Parlamentsvertreter in diesen Diskussionskreis einbezogen, so daß er Züge eines informellen Austauschs zwischen Opposition und Regierung anzunehmen begann.
- Zu bestimmten Themen werden OSZE-Symposien und Seminare veranstaltet. Hervorzuheben sind insbesondere das internationale OSZE-Symposium über Vertrauensbildung in Mittelasien im April 1996, auf dem vor einem repräsentativen Forum von OSZE-Staaten Vertreter der tadschikischen Opposition das Wort ergriffen und den anwesenden Regierungsvertretern ihre Standpunkte darstellten. BDIMR-Seminare zur Rolle des Gerichtswesens im Rechtsstaat sowie der OSZE-Mission zur gleichen Thematik in den Regionen rückten Fragen der Rechtssicherheit in den Mittelpunkt der Erörterungen von Fachkreisen wie auch der Öffentlichkeit.

- Ein "Ökonomisches Forum" der OSZE-Mission thematisierte angesichts der sich zuspitzenden sozio-ökonomischen Bedingungen im Lande in mehreren Veranstaltungen in den Regionen und in Duschanbe den Zusammenhang von wirtschaftlicher Sicherheit und Konfliktregelung. Die einzelnen Foren gaben gezielt kleinen und mittleren Unternehmern unterschiedlicher Regionen die Möglichkeit, miteinander in Kontakt zu treten und ihre Sorgen, Klagen und Forderungen anwesenden Behörden- und Regierungsvertretern vorzutragen.
- Gemeinsam mit der Akademie der Wissenschaften und dem Institut für Strategische Studien beim Präsidenten Tadschikistans veranstaltete die OSZE-Mission im Februar und April 1997 wissenschaftliche Symposien zur Thematik gesamtnationaler Prioritäten bei der Friedenskonsolidierung. An beiden Veranstaltungen nahmen auch Vertreter der "inneren Opposition" wie der VTO teil.<sup>9</sup>

Zu den wichtigsten politischen Initiativen gehörte der Versuch, an einem neutralen Ort Vertreter der beiden kriegführenden Konfliktparteien mit Vertretern der anderen Regionen, politischen Gruppierungen, nationalen Minderheiten, Intellektuellen und Militärs an einem "runden Tisch" zusammenzubringen. Daß die OSZE mit dieser von den VN unterstützten Initiative schließlich scheiterte, war im wesentlichen dem oben beschriebenen Problem des zu geringen Spielraums geschuldet: Sie stieß bei der Regierung auf entschiedenen Widerstand. Die Klan-Oligarchie sah sich in ihrem Selbstverständnis als "gewählte" Repräsentantin aller Tadschiken geschmälert, das ohnehin infolge des schmerzhaften Machtkompromisses mit der VTO bis an seine Grenzen strapaziert war. Schließlich wurde die Initiative offensichtlich auch Prioritätserwägungen geopfert. Von einem bestimmten Punkt der innertadschikischen Gespräche an, als der Machtkompromiß der beiden kriegführenden Seiten Konturen anzunehmen begann und sie den Waffenstillstand im großen und ganzen einhielten, wurde sie sang- und klanglos aufgegeben. Das lag daran, daß die eindimensionale politisch-diplomatische Bearbeitungsebene zwar mit der rasanten "Vergesellschaftung" des Konflikts nicht Schritt zu halten vermochte, andererseits aber zugleich eine starke "Eigenlogik" entwickelt hatte, der von einem bestimmten Punkt an nur um den Preis der Gefährdung der innertadschikischen Gespräche zu entrinne war. Dies jedoch wäre leichtfertig gewesen, und so nutzte UNMOT die inneren und äußeren Beweggründe, die Regierung und VTO zu einem "Machtdeal" motivierten, um sie mit großem diplomatischem Geschick und der nachdrücklichen

---

<sup>9</sup> Die Materialien der Symposien wurden der Öffentlichkeit in einer gemeinsamen Publikation der OSZE-Mission und der genannten tadschikischen Institutionen zugänglich gemacht.

Unterstützung Rußlands und des Iran bis zu den Vereinbarungen von Moskau zu begleiten.

Damit war es bis zuletzt nicht gelungen, die Ziel-Mittel-Diskrepanz zu überbrücken. Im Grunde genommen hatten sich die beiden führenden politischen Organisationen, VN und OSZE, mit jener Ziel-Mittel-Diskrepanz selbst gegenseitig weitgehend blockiert. Sie konnten das eigene "umkehrbare Druckpotential" nicht nutzen, das darin bestand, daß sie mit einer konzertierten, in wohl abgewogener Arbeitsteilung durchgeführten Erweiterung der Konfliktbearbeitung in Richtung auf einen Konsens der regionalen Eliten die beiden kriegführenden Akteure an ihrer eigentlichen Achillesferse hätten treffen können: an ihrer inneren Isolierung.

Das Ziel-Mittel-Dilemma erwies sich als Handicap nicht nur für die OSZE, deren "Beitrag zur praktischen Zusammenarbeit," - nach Einschätzung Merrem's - "abgesehen von den exzellenten persönlichen Beziehungen zwischen beiden Organisationen, leider gering blieb"<sup>10</sup>, sondern auch für die internationale Konfliktbearbeitung in Tadschikistan insgesamt.

Die VN hatten es verstanden, mit den innertadschikischen Gesprächen ein Instrument zu entwickeln, das dem Konfliktverlauf in dessen erster Phase mit den relativ klar umrissenen militärischen Gegnern, Regierung und VTO, jener "horizontalen Konfliktkonstante", angemessen war. Sie zu bearbeiten war wichtig, richtig und zugleich schwierig genug, aber - bei aller Kompliziertheit - politisch-diplomatisch "überschaubar", und es gelang den VN, die beiden kriegführenden Seiten auf dem Weg zu ihrem späteren Machtteilungskomprobiß politisch-diplomatisch zu begleiten. Jedoch: Für die Bearbeitung jener "vertikalen Variablen" des Konflikts, mit der die tieferen gesellschaftlichen Ursachen des Konflikts gemeint sind, vermochten die internationalen Organisationen kein adäquates Instrumentarium zu entwickeln. Hier schlug die Nichtbeachtung der weitsichtigen Royschen Strategieansätze negativ zu Buche. Sie waren weder im institutionellen Gedächtnis der OSZE-Zentrale noch in der Mission haften geblieben, was sicherlich nicht nur dem ständigen Wechsel von Missionsleitern (die Mission hat zur Zeit ihren fünften Leiter in den fünf Jahren ihrer Existenz) geschuldet war, sondern auch einer konzeptionell nicht ausreichend durchdachten Arbeitsteilung zwischen der OSZE und den VN.

Gegenwärtig konzentriert sich die OSZE-Mission in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und NGOs auf die Aufgaben der Friedenskonsolidierung. Sie beruhen auf den Ergebnissen der innertadschikischen Gespräche - dem "Allgemeinen Abkommen über die Herbeiführung von Frieden und nationaler Eintracht in Tadschikistan" und der "Moskauer

---

10 Gerd D. Merrem, What Peace is there to Keep? Challenges for UN Peacekeeping in Tajikistan, in: Susanne Baier-Allen, Synergy in Conflict Management, Baden-Baden 1998, S. 57

Deklaration".<sup>11</sup> Mit ihrem Inhalt ist den Tadschiken die *Chance* zu einem Kurswechsel in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zur Wiederherstellung ihrer sozio-ökonomischen Lebensgrundlagen und zu einem nationalen Konsens gegeben. Jedoch stellt der VN-Generalsekretär selbst fest, daß das Allgemeine Abkommen und die separaten Protokolle ein "weites Mandat für politische Veränderung darstellen, aber keinen detaillierten Plan an sich bilden".<sup>12</sup>

Inzwischen haben die vereinbarten Gremien ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Ausgestaltung der Übergangsperiode erweist sich als außerordentlich kompliziert. Immer wieder kommt es zu gravierenden Vertrauensbrüchen, zu Attentaten und sogar zur Ermordung von Politikern beider Seiten. Auch die vom Bürgerkrieg geschlagenen Wunden sind nicht geheilt, und die Kommunikationsgräben zwischen den regionalen Eliten scheinen nicht überbrückt, wie die fortgesetzten Auseinandersetzungen mit dritten Kräften und bewaffneten Gruppen zeigen.

### *Schlußfolgerungen*

Aus den Erfahrungen<sup>13</sup> der Tätigkeit der OSZE-Mission in Tadschikistan, der der Verfasser bis zum Sommer 1997 über anderthalb Jahre angehörte, lassen sich einige Schlußfolgerungen ziehen.

1. Der tadschikische Bürgerkrieg wurde in erster Linie als Krieg zwischen *zwei* Akteuren und weniger als ein *gesellschaftlicher* Konflikt verstanden und bearbeitet. Innere Konfliktodynamik und externe Bearbeitung gleichen spiegelverkehrten Pyramiden: Während der Konflikt aus der zunächst punktuell zugespitzten Konfrontation zwischen zwei politischen Lagern hervorging, sich dann nach "unten" fortsetzte und rasch an gesellschaftlicher Breite gewann, bediente sich die Konfliktbearbeitung vorwiegend nur eines einzigen, "singulären"

---

11 Das "Allgemeine Abkommen" ist im wesentlichen eine Zusammenfassung von Vereinbarungen, welche die beiden tadschikischen Seiten im Verlaufe ihrer Verhandlungen abgeschlossen haben. Seine wichtigsten Bestandteile sind separate Protokolle, in denen Grundprinzipien der Herbeiführung des Friedens und der nationalen Eintracht in Tadschikistan, politische Aspekte einer auf zwölf bis 18 Monate angesetzten Übergangsperiode zu Neuwahlen zum Parlament, die Aufgaben und Vollmachten einer "Kommission für nationale Aussöhnung" (*Commission for National Reconciliation*, CNR), militärische Fragen, die Repatriierung von Flüchtlingen und Garantien für die Einhaltung des "Allgemeinen Abkommens" geregelt sind.

12 VNSR, S/1997/4, September 1997, S.5, Pkt. 18 (Übersetzung d. Verf.).

13 Der Verfasser stützt sich bei der vorliegenden Ausarbeitung auch auf seine 1998 im Auftrag der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages angefertigte Untersuchung zum Thema "Synergetische Bestandsaufnahme von Konfliktregelungs- und Krisenmanagement-Instrumenten führender internationaler Organisationen im OSZE-Raum am Beispiel des Tadschikistankonflikts" sowie auf eine von der Volkswagenstiftung in Auftrag gegebene Studie zur Transformation des politischen Systems Tadschikistans.

Bearbeitungsinstruments, der innertadschikischen Gespräche der VN, und schlug damit genau die entgegengesetzte Richtung ein. Sie vernachlässigte ihre eigene bereits früh gewonnene Erkenntnis, daß die Regelung des Konflikts eines breiten gesellschaftlichen Ansatzes bedarf, und engte sich selbst ein auf die punktuelle Bearbeitung lediglich der beiden kriegführenden Akteure. Der hohe Grad an "Vergesellschaftung", den der Konflikt jedoch im Verlaufe seiner Entwicklung erreichte, veränderte nicht nur die Konfliktsituation, sondern auch die Anforderungen an Lösungsinhalte und die dafür erforderlichen Partner. Diese waren 1996/1997 mehr und andere als zu Beginn des Konflikts im Jahre 1992. Daß weder innere noch äußere Konfliktbearbeitung in den schließlich unterzeichneten Verträgen ein Mittel zur Regelung der Schlüsselfrage des Konflikts gefunden hatten, daß es nicht gelungen war, den Weg zumindest zu einem grundlegenden Konsens zur Überwindung des geschilderten grundsätzlichen Defekts des politischen Systems zu ebnen, kann auch als grundsätzlicher Defekt des Bearbeitungsergebnisses gelten.

2. Die "Vergesellschaftung" des Konflikts hätte Veränderungen sowohl in der inhaltlichen Orientierung als auch bei der Wahl der Instrumente der Konfliktbearbeitung sowie bei der Koordinierung zwischen den internationalen Organisationen und NGOs erfordert. *Instrumentell* war ein zwischen VN und OSZE noch genauer abzustimmender *dualer Bearbeitungsansatz* herangereift, der die eingetretene Ziel-Mittel-Diskrepanz hätte aufheben und eine zu den Verhandlungen der VN mit den beiden kriegführenden Konfliktparteien *parallel verlaufende Linie* der Konfliktbearbeitung aufbauen können, die auf Konsensbildung der regionalen Eliten ausgerichtet war. Das hier von der OSZE und den VN an den Tag gelegte Verständnis von Rollen- und Arbeitsteilung ("einer führt, der andere sekundiert") hat angesichts der intensiven "Konfliktvergesellschaftung" jedoch versagt.
3. Der Verlauf des Tadschikistankonflikts läßt einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen dem hohen Grad an Evolutionsintensität und Vergesellschaftung des Konflikts einerseits und der Systemtransformation sowie den zu diesem Zweck gewählten politischen und wirtschaftspolitischen Ansätzen andererseits erkennen. Der Verlauf des Tadschikistankonflikts hat deutlich gemacht, daß sich Systemtransformation und die Fähigkeit der Gesellschaft zur zivilen Konfliktbearbeitung gegenseitig beeinflussen. Systemtransformation in Kombination mit jenem militant-konfrontativen politischen Ansatz, der sich in den Auseinandersetzungen um die Veränderung des politischen Systems Tadschikistans durchsetzte, erzeugte eine Konfliktsituation, die sich externer Bearbeitung überhaupt weitgehend zu entziehen scheint und sich selbst bei punktueller Bearbeitung nicht oder nur begrenzt

regeln läßt, da die Gesellschaft in einer solchen Situation die Fähigkeit zu sozialer Selbstregulierung und konstruktiver Konfliktbewältigung verliert.

4. Die im Tadschikistankonflikt zutage getretene Gemengelage aus gesellschaftlichen Konfliktursachen und -inhalten, mit der externe Konfliktbearbeitung größte Schwierigkeiten hat, ist kein tadschikisches Spezifikum. Sie findet sich, mehr oder weniger ausgeprägt, in nahezu allen Transformationsländern des GUS-Raumes. Es liegt daher nahe, für die Tätigkeit von Friedensmissionen in diesem Raum Schlußfolgerungen zu ziehen, die in folgende Richtung gehen: Konfliktbearbeitung sollte in ihrer inhaltlichen Orientierung und der Wahl ihrer Instrumente verstärkten Wert darauf legen, auch lokal begrenzt entstehende ethnisch/nationale, ethnisch/regionale bzw. politisch/religiöse Konflikte mit einem breiteren Ansatz als gesellschaftliche Konflikte zu verstehen und zu regeln. Dieses Ziel erfordert im Falle gesellschaftlicher Konflikte von vornherein einen *dualen Handlungsansatz*, bei dem sich *eine* politisch-diplomatische Bearbeitungslinie auf die Befriedung der unmittelbar kriegführenden Konfliktparteien konzentriert, während sich *parallel* zu dieser eine *andere* Linie unter Einbeziehung eines breiteren Kreises von nationalen, internationalen und/oder regionalen Organisationen und NGOs dem Dialog mit weiteren gesellschaftlich relevanten Akteuren widmet mit dem Ziel, im Zuge der Konfliktbearbeitung eine breite Basis für einvernehmliche Lösungen zu schaffen. Gerade innergesellschaftliche Konflikte wie der tadschikische bedürfen für ihre friedliche Transformation und den Aufbau eines *stabilen* Friedens der möglichst breiten Einbeziehung der gesamten Gesellschaft. Letzteres ist auch für die Konfliktprävention besonders wichtig.

Die bestehenden internationalen und regionalen Organisationen bieten für einen solchen dualen Ansatz schon heute die Voraussetzungen, die jedoch konzeptionell gut durchdacht und organisatorisch koordiniert eingesetzt werden müssen. Ob und in welchem Maße dies gelingt, hängt weitgehend auch von den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab, unter denen externe Konfliktbearbeitung und -prävention stattfinden. Wie das tadschikische Beispiel zeigt, fällt es externen Konfliktbearbeitern schwer, mit dem hohen Grad an Evolutionsintensität und "Vergesellschaftung", zu dem innergesellschaftliche Konflikte unter Transformationsbedingungen tendieren, Schritt zu halten. Das ist ihnen allerdings nicht anzukreiden, denn Transformationsabläufe werden nicht von ihnen, sondern von anderen, viel machtvolleren äußeren Akteuren beeinflusst, nämlich im wesentlichen von den Staaten des Westens, aber auch von führenden internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen. Politikanpassung auf letzterer Handlungsebene wird nur im

Zusammenwirken von Staaten und internationalen wie regionalen Organisationen und NGOs funktionieren.

Der gemeinsame Denkansatz müßte darin bestehen, auf einen Weg zuzusteuern, der die Systemtransformation auf evolutionäre, reformerische Weise einleitet und fortsetzt und darauf gerichtet ist, sie einen im wesentlichen friedlichen Verlauf nehmen zu lassen, damit endlich einem übergeordneten Kriterium zum Durchbruch verholfen wird: nämlich der Erhaltung der Funktionsfähigkeit von Gesellschaften in der Phase der Transformation.